

19.10.2011

Erfurt:

Thüringer Politiker plakatieren für nazifreies Dresden

Führende Politiker von SPD, Linken und Grünen in Thüringen haben am Dienstag in Erfurt Protestplakate gegen einen geplanten Naziaufmarsch im Februar in Dresden geklebt. An der Aktion beteiligten sich unter anderem Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD), der Vorsitzende der Linke-Landtagsfraktion Bodo Ramelow und Linke-Landeschef Knut Korschewsky, Grünen-Fraktionschefin Anja Siegesmund und ihre Fraktionskollegin Astrid Rothe-Beinlich.

Auf den Plakaten wird dazu aufgerufen, den für den 19. Februar von Neonazis geplanten Aufmarsch in Dresden zu blockieren. Neonazis wollen am 13. Februar mit einem regionalen Fackelmarsch an die den 66. Jahrestag der Bombardierung der Stadt durch die Alliierten während des Zweiten Weltkriegs erinnern. Für den 19. Februar haben die Rechten zu einer überregionalen Großveranstaltung in Dresden aufgerufen.

Ramelow sagte zu der Aktion, Dresden habe keinen Platz für Nazis. Machnig sagte, dass mit der Plakatierung nicht nur ein Zeichen für Dresden, sondern für ganz Deutschland gesetzt werden solle. Wie schon im vergangenen Jahr wollen auch in diesem Jahr Vertreter von Parteien und Gewerkschaften in Thüringen an Protesten gegen den Aufmarsch der Rechtsextremen in Dresden protestieren.

Ermittlungen gegen Ramelow

Gegen Ramelow ermittelt die Staatsanwaltschaft Dresden seit Monaten wegen seiner Beteiligung an einer Blockade des Aufmarsches im vergangenen Jahr. Ihm und weiteren führenden Linken-Politikern wird vorgeworfen, gegen das Versammlungsrecht verstoßen zu haben, weil der Aufmarsch genehmigt war. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hatte der Immunitätsausschuss des Thüringer Landtages die Immunität Ramelows aufgehoben. Die Staatsanwaltschaft begründet ihre Ermittlungen gegen die Linken-Politiker damit, dass sie die führenden Köpfe der Blockade gewesen seien.

Zuletzt aktualisiert: 19. Januar 2011, 15:33 Uhr

(<http://www.mdr.de/thueringen/artikel105516.html>)

Nach 20 Jahren:

Mutter von Nazi-Opfer Gomondai erhält Geldspende

Die Mutter des von Neonazis getöteten Jorge Gomondai erhält mehr als 20 Jahre nach der Tat Geld aus Dresden. Die Spende in Höhe von 750 Euro kommt von SPD, Linkspartei und Grünen im Dresdner Stadtrat. Das teilten die Fraktionen am Mittwoch mit. Die Grünen hatten zuvor erreichen wollen, dass die Stadt die Mutter "als Geste der Menschlichkeit" mit einem Betrag von 5.000 Euro unterstützt. Der Finanzausschuss hatte dies aber abgelehnt. Daraufhin riefen die drei Fraktionen ihre Mitglieder zu Spenden auf. Es können bis Ende des Jahres auch noch alle Bürger sich an der Spendenaktion der Fraktionen beteiligen.

Erstes Opfer rechter Gewalt nach der Wende

Der Mosambikaner Gomondai, der zum Zeitpunkt seines Todes 28 Jahre alt war, gilt als das erste Opfer rechtsextremer Gewalt in Ostdeutschland nach der Wende. Er wurde Anfang 1991 in einer Straßenbahn in Dresden von Neonazis attackiert, stürzte daraufhin aus der Bahn und erlag später den massiven Verletzungen.

In der Nähe des Albertplatzes unweit des Tatortes erinnert ein Gedenkstein an das Verbrechen. Zudem wurde ein kleiner Platz in der Neustadt nach Jorge Gomondai benannt. Zur Namensgebung des Platzes war die Mutter auf Kosten der Stadt angereist.

Im Prozess 1993 erhielten die jugendlichen Täter vergleichsweise milde Urteile. Ein Mann wurde zu einer Freiheitsstrafe, zwei zu Bewährungsstrafen verurteilt. Die Ermittlungen gegen weitere Verdächtige wurden eingestellt.

Zuletzt aktualisiert: 19. Oktober 2011, 18:23 Uhr

(<http://www.mdr.de/sachsen/gomondai100.html>)

20.10.2011

MDR 1 RADIO SACHSEN - Nachrichten um 15:30 Uhr

[...]

Erstmals gemeinsame Anti-Nazi-Demo am 13. Februar

Dresden - Am 13. Februar kommenden Jahres wird es erstmals eine gemeinsame Kundgebung gegen den alljährlichen Neo-Nazi-Aufmarsch geben. Darauf verständigten sich die Stadtratsfraktionen von der Linken bis zur CDU, Kirchen, Gewerkschaften und Vereine. Geplant ist eine Menschenkette am 13. Februar und eine Demonstration fünf Tage später. Das Bündnis 'Dresden Nazifrei' war in die Gespräche nicht einbezogen. Es hatte zu friedlichen Blockaden mehrerer Neonazi-Aufzüge aufgerufen, bei denen es aber auch zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen war.

[...]

Zuletzt aktualisiert: 20. Oktober 2011, 15:31 Uhr

(<http://www.mdr.de/sachsen/nachrichten102.html>)

Naziaufmarsch in Dresden

Die CDU will mitdemonstrieren

Die Dresdner Arbeitsgruppe "13. Februar" hat entschieden, der erwarteten Nazidemo eine Großdemonstration entgegenzusetzen. Damit macht die CDU einen großen Schritt.

von MICHAEL BARTSCH

DRESDEN *taz* | Die Dresdner "Arbeitsgruppe 13. Februar" hat am Mittwoch einen mühsamen Kompromiss zum erwarteten Nazi-Aufmarsch Anfang kommenden Jahres ausgearbeitet. Einigkeit bestand bei den Teilnehmern lediglich darüber, dem Aufmarsch ein "starkes Zeichen" in Form einer Großdemonstration entgegenzusetzen.

Umstritten blieb, ob diese in Sicht- und Hörweite der Nazis stattfinden solle. Unstrittig ist die seit zwei Jahren übliche Menschenkette am Abend des 13. Februar, des Jahrestages der Zerstörung der Stadt 1945. Die Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof, stets von der rechtsextremen NPD unterlaufen, soll neu gestaltet werden.

Linken-Stadtrat Tilo Kießling erkannte an, dass das Ergebnis für die CDU einen großen Schritt bedeute: "Dem Protest wird ein legaler Raum gegeben." Es sei nur die Frage, ob das ausreiche, sagte Kießling.

Die Arbeitsgruppe war von Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) eingesetzt worden, um ein Konzept zum Umgang mit der Okkupation dieses Gedenktages durch Neonazis zu finden. Dresden zeigte sich darin bislang völlig zerstritten. Moderiert wird die Gruppe von dem ehemaligen Pfarrer und Bürgerrechtler Frank Richter, jetzt Direktor der Landeszentrale für Politische Bildung Sachsen.

Ihr gehören Vertreter aller Stadtratsfraktionen, zivilgesellschaftlicher Organisationen, der Kirchen, der Handelskammer, der Universität Dresden, der AG 13. Februar und andere an. Nicht auf der

Einladungsliste steht das Bündnis Dresden Nazifrei.

Streit über Blockaden

Damit läuft die Organisation von Gegenprotesten in Dresden weiterhin zweigleisig. Das Bündnis mobilisierte bislang auch bundesweit eine Vielzahl von Demonstranten. Man arbeite vorerst "am Konsens der Dresdner Bürgerschaft", erklärte der amtierende erste Bürgermeister Dirk Hilbert (FDP).

Auch ohne die Teilnahme von "Dresden Nazifrei" konnte sich die Arbeitsgruppe nicht zu einer eindeutigen Position gegenüber Blockaden durchringen. Der FDP-Vertreter verlangte eine klare Absage und löste heftige Auseinandersetzungen aus. Grüne und Linke halten Blockaden für legitim, das Nazifrei-Bündnis hat sie auch für das kommende Jahr bereits angekündigt. Die Arbeitsgruppe will sich Ende November dazu verständigen.

(<http://taz.de/Naziaufmarsch-in-Dresden/!80300/>)

Beste Regie

Stanislaw Tillichs neuer "Bürgerpreis" soll aufrechte Demokraten ehren. Stattdessen ist blamiert, wer ihn erhält

Vom neuen [Sächsischen Bürgerpreis](#) hat Anetta Kahane aus der Zeitung erfahren. Maßlos enttäuscht und frustriert sei sie, sagt die 57-Jährige. Kahane – rothaarig, streitbar – ist Vorsitzende der [Amadeu-Antonio-Stiftung für Zivilcourage](#). Und bundesweit eine der markantesten Stimmen im Kampf gegen Rechtsextremismus.

Kahanes Stiftung vergibt jährlich den renommierten [Sächsischen Förderpreis für Demokratie](#). Er ist als Ermutigung gedacht. Ermutigen will man jene, die sich Neonazis in den Städten und auf dem Land entgegenstellen. Denn der Freistaat, sagt Kahane, sei noch immer rechtsextremer Brennpunkt: »Die NPD sitzt weiterhin im Landtag, die gewaltbereite Neonazi-Szene hat sich vielerorts festgefressen.« Die Stiftung war stolz, ihren Preis jahrelang gemeinsam mit der Staatsregierung vergeben zu können. Denn dieser Akt hatte Symbolkraft – Bürgerinitiativen und Regierung, Seite an Seite gegen Neonazis.

Damit ist jetzt Schluss. Die Staatskanzlei ist vor wenigen Monaten aus dem Projekt ausgestiegen und hat einen neuen, eigenen Preis ausgelobt. In dieser Woche wird der Sächsische Bürgerpreis erstmals vergeben – ohne Kahane und ihre Stiftung; und nunmehr nur noch an Initiativen, die der CDU-geführten Regierung genehm sind. Die Preisträger werden damit eher blamiert als geehrt. Sie wissen, dass sie auf der Siegerliste stehen, weil Premier Stanislaw Tillich glaubt, sie seien für seine PR nützlich. Schon heißt es: Beim Bürgerpreis werde geballte Harmlosigkeit ausgezeichnet. »Der Freistaat«, sagt Anetta Kahane, »stellt das geschlossene Signal gegen Rechtsextremismus in Frage.«

Künftig gibt es zwei Trophäen für vorbildliche Sachsen – von Kahane und von Tillich. Bei dem Streit um die Preise geht es vor allem um Deutungshoheit. Darüber, wer und was eigentlich die Demokratie im Freistaat bedroht.

Die Geschichte der Entfremdung zwischen Amadeu-Antonio-Stiftung und Sachsens Staatsregierung begann ausgerechnet mit einem Festakt. 2010 endete die Verleihung des Demokratiepreises im Eklat. Der [Verein Akubiz](#) aus Pirna, seit Jahren Gegenspieler der militanten Kameradschaftsszene in der Sächsischen Schweiz, verzichtete auf seine Ehrung – aus Protest: Ehe die Staatskanzlei Akubiz die Urkunde überreichen wollte, verlangte sie die Unterzeichnung einer »Demokratie-Erklärung« – jenes Papiers, [das später als »Extremismusklausel« bekannt wurde](#). Wer es signierte, verpflichtete sich, alle Partner und freien Mitarbeiter auf Verfassungstreue zu überprüfen. Die Männer und

Frauen, die geehrt werden sollten, weil sie für die Demokratie kämpfen, fühlten sich gegängelt. Landesweit protestierten Mitglieder von Vereinen gegen den »Generalverdacht des Extremismus« und die eingeforderte »Schnüffelei«. Am Ende stand Stanislaw Tillich ohne den eigentlichen Preisträger da – dafür hatte er eine wütende Debatte darüber entfacht, warum preiswürdige Demokraten Verfassungstreue bekennen müssen.

Vom Kampf gegen Rechtsextreme steht in der neuen Ausschreibung nichts

Heute kommentiert die Staatskanzlei das lapidar: »Das vergangene Jahr hat uns gezeigt, dass eine Neuausrichtung notwendig ist.« Diese Neuausrichtung heißt: Bürgerpreis. Im Gegensatz zum Demokratiepreis fehlt in der Ausschreibung nun das Ziel, Engagement gegen Rechtsextremismus und Rassismus honorieren zu wollen. Stattdessen sollen jene belohnt werden, die »einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft und die demokratische Kultur leisten und für Toleranz und Frieden einstehen«. Den Zugang zum Preis hat die Staatskanzlei klar geregelt. Nur noch Oberbürgermeister kreisfreier Städte und Landräte dürfen Kandidaten vorschlagen. Dazu muss man wissen: Alle zehn sächsischen Landkreise werden von der CDU regiert, nur in zwei der drei kreisfreien Städte, in Chemnitz und Leipzig, amtieren Oberbürgermeister der SPD. 11 zu 2, das ist das Verhältnis, nach dem beim Bürgerpreis Kandidaten ausgewählt werden. Ministerpräsident Tillich hat darüber hinaus jene Jury, die letztlich über die Preisträger entscheidet, im Alleingang berufen.

Opfer rechter Gewalt fühlen sich im Stich gelassen

Plötzlich fällt da auch die Extremismus-Klausel unter den Tisch: »Die Unterzeichnung ist nicht mehr notwendig«, erklärt eine Sprecherin der Staatskanzlei, »weil von vornherein nur jene ausgezeichnet werden, deren Engagement erfolgreich zur Stärkung der Demokratie beigetragen hat.« Was so verklausuliert klingt, ist eine forsche Botschaft: Wen die Jury des Ministerpräsidenten erwählt, der wird vom Extremismusverdacht befreit. Doch warum wird die siebenköpfige Jury von Tillich allein erkoren, obwohl er den Preis gemeinsam mit den Stiftungen der Dresdner Bank und der Frauenkirche vergibt, die sich, klammheimlich, ebenfalls von der Amadeu-Antonio-Stiftung getrennt haben? Die Sprecher der Stiftungen wollen sich dazu nicht äußern. Die Staatskanzlei habe alles gesagt. »Die Obrigkeit schlägt vor und wählt aus«, kritisiert Anetta Kahane, »das ist eine Ehrung von Staatsgnaden.«

Beim »Schwimmen für Demokratie« landet ein NPD-Mann weit vorn

Für Neonazi-Gegner passt die Debatte um den Bürgerpreis in eine absurde Reihe von Gängelungen durch Politik und Justiz. Schon länger hat es den Anschein, als hielten etwa die Dresdner Ermittlungsbehörden nicht Rechtsextremisten für die gefährlichsten Feinde der Demokratie im Freistaat, [sondern deren Gegner](#). Am 19. Februar demonstrierten in Dresden Zehntausende gegen einen Neonazi-Aufmarsch. Um angebliche linke Gewalttäter verfolgen zu können, sammelten die Ermittlungsbehörden [über eine Million Handydaten](#). Zehntausende Personen gerieten ins Visier: Politiker, Anwohner, Journalisten. Die Kritik schwoll an, als Sachsens Polizei ohne große Absprache mit Thüringer Behörden nach Jena raste und dort in martialischer Manier eine [Razzia beim Jugendpfarrer Lothar König](#) durchführte. Dieser habe, auch am 19. Februar, zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen. Bewiesen ist das nicht.

Erst die vergangene Woche brachte den neuesten Fall in dieser Serie der Eigentümlichkeiten: Der Sächsische Landtag hob die [Immunität des Linken-Fraktionschefs André Hahn](#) auf; die Staatsanwaltschaft könnte nun Anklage gegen ihn erheben. [Hahn soll als Kopf einer Blockade](#) vom 13. Februar 2010 belangt werden. Er fragt sich selbst, warum.

Während bei der Verfolgung möglicher linker Straftäter alle Mittel ausgeschöpft werden, fühlen sich Opfer rechter Gewalt im Stich gelassen. Seit Jahren werden in Mügeln oder Limbach-Oberfrohna Demokraten von Neonazis gejagt, bedroht und verprügelt. Opfer berichten immer wieder, dass die Polizei zu spät oder gar nicht eingreife. Eine Strategie gegen die alltägliche rechte Gewalt hat die Regierung bisher nicht vorgelegt. Stattdessen tun viele Bürgermeister die Aktivisten gegen Rechtsextremismus als Unruhestifter und Nestbeschmutzer ab. In Limbach-Oberfrohna

haben die Eltern von Opfern rechter Gewalt das Bunte Bürgerforum für Demokratie gegründet. Deren Mitglieder, darunter ein Lehrer, ein Architekt und ein Richter, werden von Neonazis bedroht und beschimpft. Wohnhäuser wurden mit Flaschen und Steinen angegriffen. Bis heute wird der Demokratieverein von den Stadtoberen ausgegrenzt. Der Oberbürgermeister Limbach-Oberfrohna wird den Verein gewiss nicht beim Landrat für eine Bürgerpreis-Nominierung vorschlagen. Stattdessen wurde das Bunte Bürgerforum nun für den Demokratiepreis der Amadeu-Antonio-Stiftung nominiert.

Wie inhaltsleer die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Freistaat bisweilen geführt wird, zeigte kürzlich das von Stadt und Innenministerium organisierte »Schwimmen für Demokratie und Toleranz« in Zwickau. Auch die NPD ging heimlich mit ins Wasser. Und verbreitete danach, man habe »das heuchlerische Motto ad absurdum geführt«. Am Ende überreichten Rathauschefin Pia Findeiß (SPD) und Michael Wilhelm (CDU), Staatssekretär im Innenministerium, ausgerechnet einem NPD-Kreisrat eine Urkunde und posierten mit ihm fürs Foto. Die NPD feierte. Grit Hanneforth, Leiterin der Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus, sprach Staatssekretär Wilhelm jüngst auf die Szene an. Wilhelms Antwort blieb ihr im Gedächtnis: »Dann müssen die Demokraten eben schneller schwimmen«, sagte er.

(<http://www.zeit.de/2011/43/S-Demokratiepreis>)

(<http://www.zeit.de/2011/43/S-Demokratiepreis/seite-2>)

Die Freisprech-Einrichtung

Seit zwei Jahren herrscht bei Reden in Sachsens Landtag Manuskriptverbot. Auf einmal geht es wild zu

Eine gute Rede«, sagte [John F. Kennedy](#), »ist wie ein Bikini. Knapp genug, um spannend zu sein, aber alle wesentlichen Stellen abdeckend.« Eine durchschnittliche Land- oder Bundestagsrede ähnelt eher einem alten Nachthemd, immer ist sie ein wenig zu lang, zu verwaschen, zu bieder, um sexy zu sein. Kaum ein Fernsehsender strahlt Parlamentsdebatten deshalb aus. Ja, es steht schlecht um die politische Rhetorik in Deutschland.

Doch es gibt Hoffnung, sie keimt in Sachsen. Hier ist man seit zwei Jahren so frei, im Parlament frei zu sprechen. Das sei erstaunlich, sagt Joachim Knappe, Direktor des Seminars für Rhetorik an der [Universität Tübingen](#) – weil in der medialen Gesellschaft »jedes unbedachte Wort mitgeschnitten und mitgeschrieben wird und jederzeit gegen den Redner verwendet werden kann«. Deshalb traue sich auch kaum einer mehr, sein Manuskript beiseitezulegen und einfach draufloszupoltern.

»Das Verlesen eines vorgefertigten Manuskripts«, heißt es in Paragraf 55 der [Geschäftsordnung des Sächsischen Landtags](#), »ist unzulässig« – zumindest in der Aktuellen Stunde. Wer dagegen verstößt, dem wird, nach zweimaliger Ermahnung, das Wort entzogen. Kein anderes Parlament in Deutschland geht derart restriktiv gegen Wiederholungslangweiler vor, kein anderes ähnelt seitdem aber auch so auffallend einer Vormittags-Talkshow. Ist [Sachsen](#) damit ein Vorbild fürs ganze Land?

Kurz vor elf an einem Mittwochmorgen. Landtagspräsident Matthias Röbner eröffnet in seinem Sächsisch, das breit ist wie die Elbe, die Aktuelle Stunde. Das Thema ist heikel, es geht um die Ausschreitungen am Rande der [Neonazi-Demo am 19. Februar](#). Mehr noch aber geht es um die Frage: Wie viel Protest gegen rechts ist rechtens? Dürfen an der [TU Dresden](#) Kurse im Blockadetraining gegeben werden, wie es die Bild-Zeitung behauptet? Und vor allem: Darf man solche Trainings als Parlamentarier gut finden? Ein Thema, das einen Differenzierer erfordert, keinen Polemiker, einen von Weizsäcker, keinen Strauß. Und siehe da, das Wunder geschieht. Als Erster tritt für die CDU Christian Hartmann ans Pult, ein Redetalent aus dem christdemokratischen

Nachwuchs. Und wie der 37-Jährige das alte Dresden auferstehen lässt, um es wieder in Asche zu versenken, wie er die Trümmerfrau durch die Wüstenei irren lässt und dann die Kurve kriegt zur Freiheit, um sie zu verteidigen und alle Fraktionen einzuladen, es ihm gleichzutun – Grüne, Linke, Liberale –, und wie er sie alle verbal umarmt, dass seine Fraktionsmitglieder schon die Nase rümpfen, das hat wirklich bundespräsidiale Größe.

Holger Zastrow gilt als Miterfinder der Pflicht zur freien Rede

Schade sei nur, dass die Rede abgelesen war, sagt Holger Zastrow, Fraktionsvorsitzender der FDP, in der Mittagspause im Landtagsbüro. Das habe man gesehen. Rößler habe es nicht verhindert, weil Hartmann das große Rad der Freiheit drehte und sich eine Ermahnung dagegen reichlich kleinkariert ausgemacht hätte. Dabei waren es vor allem Rößler und Zastrow, die sich vor zwei Jahren für den Zwang zur freien Rede starkmachten. Kein Wunder! Der bullige Werbeagentur-Inhaber Zastrow ist als Redner gefürchtet. Nein, ein »Kostverächter« sei er nicht, sagt er über sich. Obwohl es ihn schon verletze, wenn es, sobald er ans Pult tritt, von links schalle, die FDP sei ja selbst nur eine Werbeagentur. »Aber Politik ist kein Ponyhof«, so Zastrow.

Am Mittwoch im Landtag gibt sich Zastrow überraschend zahm, nur einmal drängt es ihn zur Kurzintervention, ansonsten lässt er dem Parteifreund Benjamin Karabinski das Wort. Und der macht seinem Namen alle Ehre, schießt gegen links, gegen rechts, gegen die SPD, gegen die Grünen und schraubt völlig frei seine Rede in ungeahnte Höhen der Verhöhnung, sodass nach dem Hartmannschen Frieden alles ist wie immer: Von links ruft einer »Zwei Prozent, zwei Prozent«, von rechts will einer »Schmerzensgeld«. Immer mehr Abgeordnete intervenieren. An den Saalmikros stehen sie an, als wären Worte jetzt rationiert wie einst die Südfrüchte. Dann, inmitten des Chaos, hat ein Redner der Linken plötzlich einen descartesschen Erkenntnismoment: »Wir sind doch alle nur Marionetten der Bild-Zeitung. Alle!«

"Früher waren die Debatten langweilig"

Holger Zastrow lacht, es klingt wie ein mittelschweres Erdbeben. »Früher waren die Debatten langweilig«, erinnert er sich bei Kaffee und Gebäck. Da habe man nur verlesen, was [Redenschreiber](#) vorformuliert hätten. Jetzt müsse man schon der Form halber hinter dem stehen, was man sage, alles andere klinge in einer freien Rede schal. Seitdem lebten die Debatten; und die Fraktionen überlegten sich genau, wen sie in »die Bütt« schicken. »Auch wenn die freie Rede manchmal zur Folge hat, dass man sich zur einen oder anderen zu harten Formulierung hinreißen lässt.«

Im Umgang mit der NPD wirkt die neue Debattenkultur Wunder

Die Idee der Sachsen ist mehr als eine Lokalposse. Mit dem Pilotprojekt kommt die Rhetorik wieder da an, wo sie herkam; auf dem Marktplatz, der Agora, wo man zum Volk redet, indem man wie das Volk redet. Die griechischen Philosophen wussten das, als sie die Rhetorik erfanden. »Polarisierung ist ein effektives rhetorisches Mittel«, sagt Joachim Knape von der Universität Tübingen, aber es ist nicht das Einzige. Es gäbe noch das Pathos, Obama beherrsche es wie kein Zweiter. In Deutschland jedoch sei es, seit den Rednern des [Nationalsozialismus](#), verpönt. Auch die Polarisierung ist nicht risikolos, gern wird man da selbst als tadelloser Demokrat zum Demagogen erklärt. Deshalb liege radikalen Parteien die Polarisierung von Natur aus näher, so Knape. »Rhetorisch gesehen, sind sie im Vorteil.« Das sieht auch Landtagspräsident Matthias Rößler so. Eine bittere Wahrheit spricht er gelassen aus: »Man kann der NPD vieles vorwerfen, aber nicht, dass sie keine guten Redner hätte.«

Seit 2004 sitzt die [NPD](#) im Sächsischen Landtag, so lange wie keine andere rechtsextreme Partei in einem deutschen Parlament. Anfangs durchbrachen die NPD-Abgeordneten die überparteiliche Langeweile mit Zwischenruf-Trommelfeuern, sie missbrauchten den Landtag ständig zur Bühne für ihre Provokationen. Wo sich heute ein freier Redner hier und da mal zu einer »zu harten Formulierung« hinreißen lässt, schockierten sie eine gemächlich gewordene Volksvertretung mit

rhetorisch bemänteltem Hass. Viele Kollegen, erinnert sich Holger Zastrow, hätten dafür plädiert, den Saal zu verlassen, wenn einer von der NPD spricht. Doch das wäre wenig demokratisch gewesen, denn gewählt wurde die NPD ja – leider. Am Ende entschieden sich die Fraktionen für die Auseinandersetzung. Für das Rededuell. Mit Erfolg.

Als in der Aktuellen Stunde NPD-Mann Jürgen Gansel in einer Kurzintervention so ziemlich jeden der Doppelmoral und Verlogenheit bezichtigt, wird auch der Letzte im Plenum zornig. Wie eine Feuerwehresirene wird Gansels Stimme schriller und schriller und durchbricht doch nicht die Wand aus Polemik, die sich da vor ihm aufbaut, bis – war es ein Grüner? – den Provokateur ein Zwischenruf endgültig vom Mikro fegt: »Geh doch nach Hause, du Nebelkrähe!«

Schreien alle, zeigt das Beispiel, haben rechte Schreier keine Chance. Ob man da noch schöngestig von Debattenkultur reden kann? Hier soll niemand überzeugt, sondern überredet, überwältigt, überrumpelt werden. Hier wird Rhetorik zum Schaukampf. Und weiß der Bürger nicht ohnehin, dass Entscheidungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit in den Ausschüssen getroffen werden; dass die Aktuelle Stunde Auseinandersetzung um der Auseinandersetzung willen ist, eine Show, die gut sein muss, sonst nichts? Und sollte der Bürger es vergessen haben, muss ihn einer daran erinnern, dass es nicht nur in der ARD, sondern auch im Parlament hart, aber fair zugehen kann?

Einer wie [Dirk Niebel](#) von der FDP etwa? Lange bevor er Bundesentwicklungsminister wurde, beantragte er als Abgeordneter 1999 versuchsweise das Manuskriptverbot für die letzte Sitzungswoche des Bundestags – und scheiterte. Dabei hat Niebel selbst die Statur, nicht aber das Feuer eines Bierzeltredners. Umso charmanter wirkt es, wenn er noch heute bekennt: »Frei reden heißt, nicht unvorbereitet reden.« Und: »Mit hohlen Phrasen ist nichts zu gewinnen.«

Stattdessen soll also der Mut zur neuen sächsischen Rüpelei eine Lösung sein? Aber ja, sagt Holger Zastrow und lehnt sich vor, sodass sein Schlips auf dem Couchtisch fast in den Süßwaren hängt: »Wenn nur ein Zuschauer auf der Tribüne sitzt und sagt: ›Mensch, so frei vor der ganzen Meute reden, das könnte ich nicht‹ – dann hätten wir schon ein wenig Respekt zurückerobert.«

(<http://www.zeit.de/2011/43/S-Debattenkultur/seite-1>)

(<http://www.zeit.de/2011/43/S-Debattenkultur/seite-2>)